



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

Mehr Zukunft wagen. Der nächsten Generation bessere Chancen geben!“

Erwartungen der hessischen Wirtschaft
an die Politik nach der Landtagswahl Hessen 2018

Statement von **Präsident Wolf Matthias Mang**

auf Pressekonferenz am 6. März 2018

Es gilt das gesprochene Wort!

1. In Deutschland zu wachstumsfreundlicher Stimmung beitragen
2. Das Wachstum der hessischen Wirtschaft unterstützen
3. Generationenvertrag sichern: Willkommenskultur für Kinder und Familien
4. Kluge Infrastrukturpolitik: für Verkehr, Wohnen und Energie
5. Sozialsystem: finanzierbar halten und demografiefest machen
6. Beschäftigungsfreundlich ausgestalten: Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsrecht
7. Gute Bildung. Gestärkte Ausbildung.
8. Solide Finanzen mit Raum für Zukunftsinvestitionen

Wir wollen, dass die **Politik nach der Landtagswahl** in Hessen sich auf mehr Wachstum konzentriert. Dass sie mehr Zukunft wagt. Und dass sie der nächsten Generation bessere Chance gibt, sich frei zu entfalten, statt ihnen neue Lasten aufzubürden. Und dass sie vor allem die großen Wachstumschancen des digitalen Strukturwandels nutzt.

Wir brauchen mehr Wachstumspolitik und eine Willkommenskultur für Kinder und Familien, um den Generationenvertrag zu sichern. Und wir brauchen das **sowohl hier in Hessen umgesetzt**, aber auch in der **Bundespolitik durchgesetzt**. Denn die beste Standortpolitik in Hessen verpufft wirkungslos, wenn die Bundespolitik eher auf Ausdehnung des Sozialstaats bis an die Grenzen der Leistungsfeindlichkeit und auf die Verwaltung der Gegenwart setzt – auf Kosten der Jüngeren.

Wir hatten in unseren Erwartungen an die neue Bundesregierung ja schon gefordert: „**Mehr Wirtschaft wagen! Mehr Freiheit leben!**“ Und wir fordern jetzt von einer neuen Landesregierung und einer klugen Landespolitik „**Mehr Zukunft wagen. Der nächsten Generation bessere Chancen geben!**“ Zumindest nicht ihre Chancen zu verbauen durch Risikofixierung.

Ganz generell glaube ich, dass **Politik ihre Orientierung aus den Freuden der Menschen schöpfen sollte, nicht aus ihren Ängsten**. Denn aus den Freuden erwächst die Konzentration auf die **Chancen**. Diese kann durch anschließende nüchterne Risikoabwägung an Realitäten angepasst werden. Schnitzt die Politik ihre Maßnahmen hingegen aus den Ängsten, verkürzt sie Politik auf die Regulierung der Gegenwart und verpasst die Gestaltung der Zukunft.

Hessen verfügt über eine vielfältige, starke und wachsende Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und besten Durchschnittslöhnen im Bundesländervergleich. Erfolgreiche Unternehmen und fleißige Arbeitnehmer sorgen für hohe Steuereinnahmen, ermöglichen dem Staat, durch soziale Umverteilung auch die Schwächeren mitzunehmen, und inzwischen ohne Neuverschuldung auszukommen.

Der hessischen Wirtschaft geht es gegenwärtig **noch sehr gut**. Seit der großen Weltwirtschaftskrise erlebt sie einen sich verstärkenden Aufschwung. Zu diesem tragen auch – vermutlich vorübergehende – Sondereffekte wie niedrige Zinsen und ein niedriger Ölpreis bei. Der lange Zeit niedrige Eurokurs ist ja bereits passé.

Die hessische Wirtschaft **ist herausgefordert** durch **einen großen Strukturwandel**, der mit Industrie 4.0 begonnen, als **digitale Transformation** aber längst alle Wirtschaftszweige erfasst hat. Der richtige Umgang mit dem neuen Gold der Daten wird über den Erfolg der **Unternehmen**, der **Arbeitnehmer** und des **Standorts** entscheiden. Wichtig ist, dass unsere produzierenden und Dienste leistenden Unternehmen im globalen Wettbewerb nicht eingeschränkt werden durch vermittelnde Plattformanbieter überwiegend aus dem Silicon Valley, die durch ihre schiere Größe die Zugänge der Endverbraucher monopolisieren und am Ende die Spielregeln bestimmen. **Hier** muss **Politik** durch geeignete staatliche Rahmensetzungen dauerhaft **für Wettbewerb** sorgen.

Um diese Zukunft aktiv zu gestalten und nicht von ihr überrollt zu werden, brauchen Hessens Wirtschaft und seine Unternehmen eine **wirtschaftsfreundliche Standortpolitik** und **attraktive Standortbedingungen**.

[In Deutschland zu wachstumsfreundlicher Stimmung beitragen]

Hessen hat fünf Stimmen im Bundesrat und großen bundespolitischen Einfluss in den Parteien. Die VhU bittet deshalb die Landesregierung und die Parteien im Land, ihre Stimmen und ihren bundespolitischen Einfluss gezielt einzusetzen für eine wachstumsfreundliche Stimmung in Deutschland. Der Koalitionsvertrag der nächsten Koalition aus CDU, CSU und SPD lässt diese auf schmerzliche Weise vermissen. Wir erwarten eine der Wirtschaft gegenüber **wohlwollend unterstützende Einstellung**, um der staatlich unterstützten Konkurrenz aus den USA und China Paroli bieten zu können. „

Politik muss in Deutschland wieder mehr Wirtschaft und mehr Wachstum wagen, wie wir in den „VhU-Erwartungen an die Politik nach der Bundestagswahl“ im Juli 2017 geschrieben haben. Deshalb müssen wir

- die **Arbeitszeit** modernisieren
- die erfolgreichen **Arbeitsmarktreformen** bewahren,
- die **Sozialabgaben** bei 40 Prozent deckeln,
- der **Altersversorgung** eine neue Zukunft geben,
- die **Tarifautonomie** schützen,
- **Bildung von Anfang** an stärken,
- den **Schuldenabbau** beschleunigen und Arbeitnehmer entlasten
- sowie den **Strukturwandel** bewältigen und die Digitalisierung nutzen.

Ohne eine solchewachstumsorientierte Grundhaltung kann auch die beste hessische Standortpolitik nichts bewirken.

[Das Wachstum der hessischen Wirtschaft unterstützen]

In Hessen mit seiner starken IT-Industrie muss der **Ausbau der Breitbandnetze** schnellstmöglich vorangetrieben werden. Flächendeckend in Hessen müssen Betriebe kurzfristig Zugang zu Angeboten von **deutlich über 50 Mbit/s** erhalten. So schnell wie möglich, spätestens **bis 2025 sollten Gigabit-Infrastrukturen** überall bedarfsgerecht geschaffen sein, um eine hochvolumige Echtzeitkommunikation für **das „Internet der Dinge“** zu ermöglichen.

Die **Industrie** ist **der Initiator** von weit über den industriellen Sektor hinausreichenden Wertschöpfungsketten, der viele Branchen anderer Sektoren umfasst. Für ihre weiterhin positive Entwicklung ist eine größere **Akzeptanz in der Bevölkerung** unverzichtbar. Nötig ist eine größere, grundsätzliche Aufgeschlossenheit für technische Entwicklungen, Innovationen und (Groß-) Projekte. Politik und Unternehmen sowie Wirtschaftsorganisationen und Gewerkschaften müssen diese Aufgeschlossenheit insbesondere bei jungen Menschen, etwa auch in der Schule, gemeinsam fördern.

Als Automobil-**Zulieferer**-Land ist **Hessen** zudem besonders vom Strukturwandel betroffen, der das Optimieren der klassischen Verbrennungsmotoren und Entwickeln neuer Antriebe zugleich erforderlich macht. Die Politik soll daher optimale Rahmenbedingungen für diesen Industriezweig schaffen. Damit noch viel mehr private Investitionen wie z. B. das geplante Frankfurter Zentrum für autonomes Fahren von Continental nach Hessen fließen.

Auch sollten Landesregierung und Bundesagentur für Arbeit in enger Kooperation mit den Verbänden die Unternehmen bei der Fachkräftesicherung unterstützen, etwa durch eine **Offensive für digitale Kompetenz der künftigen Beschäftigten der Autoindustrie**. Ein Schwerpunkt

könnte auf den ländlichen Raum gelegt werden, um den industriellen Mittelstand dort zu stärken.

[Willkommenskultur für Kinder und Familien!]

Sehr am Herzen liegt mit die Forderung nach einer **Willkommenskultur für Kinder und Familien.**

Wir sind eine **schrumpfende Gesellschaft**. Wir sollten also mit einer Willkommenskultur für Kinder zu einer höheren Geburtenrate beitragen. Die Geburtenrate in Deutschland ist nach Jahrzehnten des Rückgangs 2015 von 1,4 auf 1,5 Kinder pro Frau gestiegen. Bis wir bei deutlich über zwei Kinder angelangt sein könnten, dauert es mindestens eine Generation. Aber wenn es richtig ist: Warum setzen wir uns nicht dieses Ziel?

Kinder sind der realste Ausdruck von Vertrauen in die Zukunft einer Gesellschaft. In der aktuell gesunkenen Geburtenrate drückt sich das fehlende Zukunftsvertrauen der Babyboomer-Generation, und zwar von vor 30 Jahren aus. Diese Generation hat überfüllte Kindergärten, Klassen mit deutlich über 30 Schülern, Wettbewerb um Ausbildungsplätze, um Studienplätze und um Arbeitsplätze erlebt. Inzwischen geht diese Generation allmählich in Rente. Die Generationen X, Y und Z stehen nun einerseits vor der angenehmen Situation, auf dem Arbeitsmarkt eher umworben zu werden. Andererseits müssen sie die steigenden Lasten der Demografie tragen. Sie müssen mit viel weniger Menschen die Rente, die Gesundheits- und Pflegekosten von immer mehr und - Gott sei Dank! - länger lebenden Menschen verdienen. Aber müssen sie das wirklich?

Wenn wir als Gesellschaft wollen, dass der Generationenvertrag hält, dann stehen wir alle gemeinsam vor der Herausforderung, die **demografische Talfahrt umzukehren**. Andernfalls wird die Schrumpfung der Bevölkerung anhalten und auch das Wirtschaftswachstum schrumpfen.

Ganz grundsätzlich brauchen wir eine Willkommenskultur für Kinder und Eltern. Junge Männer und Frauen sollten in ihren freien Lebensentscheidungen **häufiger „Ja zum Kind“ sagen können**, um dauerhaft Elternverantwortung zu übernehmen.

Dazu müssen alle beitragen: **Unternehmen** können durch flexible Arbeitszeitmodelle einen erheblichen Beitrag für die Balance von Arbeiten und Familienzeit leisten. Der **Gesetzgeber** muss es ihnen aber in einem modernen Arbeitszeitgesetz auch gestatten. Und die **Gewerkschaften** sollten sich hüten, nur in eine Richtung – nämlich Arbeitszeitreduktion – zu denken. Es gibt auch Lebensphasen, in denen Arbeitnehmer mehr arbeiten und mehr Geld verdienen wollen, um für ihre Familie Wohnungseigentum zu erwerben oder für die Erziehung anzusparen.

Zu einer **Willkommenskultur für Kinder und Eltern** gehört: die **Ehe** und die **Familie** als **Fundamente unserer Gesellschaft** zu stärken. Ehe und Familie brauchen viel mehr Wertschätzung: Denn diese beiden sind **die fundamentalen Solidar-Gemeinschaften**.

- Die **Ehe** ist die **primäre**. Sie regelt die Übernahme von Verantwortung im Privaten und ermöglicht so überhaupt erst das Funktionieren des Sozialstaats.
- Auch die **Familie** ist eine **unverzichtbare Solidargemeinschaft**. Die Erziehung der Kinder durch ihre Eltern ist Fundament einer vielfältigen, freien Gesellschaft. Der Staat muss den Erziehungsauftrag und Erziehungsleistung der Eltern **viel besser achten und privilegieren**.

[Kluge Infrastrukturpolitik für Verkehr, Bauen & Wohnen,
Energie]

Auch und gerade für die nächste Generation muss Hessen durch eine kluge Infrastrukturpolitik seine Standortattraktivität stetig erhöhen.

Hessen **braucht mehr Investitionen** in Erhalt, Ausbau, Neubau, Modernisierung und Vernetzung des **Verkehrs** und muss dazu seine Planungskapazitäten aufstocken. Andere Bundesländer machen das besser!

Alle im Bundesverkehrswegeplan aufgeführten **Autobahnprojekte** in Hessen, insbesondere A44, A49 und der Ausbau rund um Frankfurt, müssen zügiger umgesetzt werden. Ebenso der Ausbau der Bundesstraßen, etwa die B45 Richtung Odenwald, dem einzigen Landkreis ohne Autobahn in Hessen. Das Angebot an **Bus- und Bahnverkehren** ist massiv auszubauen.

Ein **attraktiverer ÖPNV** ist wichtiger als Preissenkungen. Die Taktung vieler Bus- und Bahnlinien muss deutlich erhöht werden, und wir brauchen zusätzliche Linien. Ich sage bewusst wir: Wir Arbeitgeber haben es leichter, Fachkräfte für unsere Betriebe zu finden, wenn es die Beschäftigten leichter haben, zur Arbeit zu kommen.

Schnellstmöglich zu realisieren sind die **Schiene**projekte im Rhein-Main-Gebiet sowie die Projekte Hanau-Fulda und Frankfurt-Mannheim. Die Landesregierung sollte den Logistikstandort Hessen u.a. durch **mehr LKW-Parkplätze**, Kolonnenparken und mehr Sicherheit an Raststätten – z.B. Videoüberwachung insbesondere nachts – stärken.

Der **Flughafen Frankfurt** muss weiter wie geplant wachsen, um die verkehrliche Drehscheibenfunktion als Weltflughafen zu stärken und weiter neue Arbeitsplätze zu schaffen. Von einem starken Luftverkehrsstandort profitieren direkt und indirekt nahezu alle Betriebe in Hessen. Wir finden es gut, dass das Land eine freiwillige Lärmobergrenze mit Fraport und den Airlines vereinbart hat. Ebenso freiwillig wie bereits die Lärmpausen in den Nachtrandstunden. Wir fordern, dass auch in der nächsten Legislaturperiode die Regierung den Konsens mit der Luftverkehrswirtschaft sucht, den Planfeststellungsbeschluss nicht in Frage stellt und keinerlei Zwangsmaßnahmen umzusetzen versucht.

In den meisten Städten Hessens besteht ein **Mangel an günstigem Wohnraum**, der die Personalgewinnung der Unternehmen erschwert. Land und Kommunen müssen dazu beitragen, dass das Angebot an günstigem Wohnraum steigt. Das Land solle sich auf allen föderalen Ebenen für mehr Deregulierung einsetzen, etwa im Bauordnungs- und Baunebenrecht, in der Hessischen Bauordnung und in kommunalen Satzungen. **Kostentreibende Standards** sollten **beseitigt** werden. Das Land sollte die Kommunen dazu bewegen, mehr Bauland auszuweisen. Und dann auch an private Investoren vergeben, nicht in erster Linie an kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Ferner sollte der Landtag die **Grunderwerbsteuer schrittweise** wieder von 6 auf 3,5 Prozent senken. Auch sollten die Verschärfungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) im Bund zurück genommen werden – dafür sollte das Land Hessen eine Bundesratsinitiative starten. Schließlich sollte die Landesregierung alle bau- und immobilienwirtschaftlichen Referate in einer Abteilung im Wirtschaftsministerium bündeln.

Die Wirtschaft benötigt eine jederzeit kostengünstige und sichere Versorgung mit **Energie**, die umweltverträglich bereitgestellt werden muss. Die Stromkosten sind wegen staatlicher Verteuerungen (insb. EEG und Netzentgelte) zu hoch. Die Landesregierung muss darauf drängen, dass **Strom für alle Verbraucher wieder günstiger** wird. Über den Bundesrat sollte sich Hessen dafür einsetzen, dass **neue Ökostromanlagen künftig keine Subventionszusagen** mehr erhalten, dass die **Stromnetzentgelte** auch von den Betreibern von Ökostromanlagen mitgetragen werden und dass die Energiewendekosten zumindest teilweise aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. In der Landespolitik sollte der energiepolitische Schwerpunkt auf der **Steigerung der Energieeffizienz** liegen.

[Sozialsystem: finanzierbar halten und demografiefest machen]

Ein überdehnter Sozialstaat geht zu Lasten der nächsten Generation. Die Landesregierung hat über die Beteiligung an der Sozialgesetzgebung im Bundesrat, in der Abstimmung mit den Sozialministerien der anderen Bundesländer und insbesondere mit der Planungshoheit von Gesundheitsversorgungsstrukturen in Hessen erheblichen Einfluss auf Rahmenbedingungen, **Qualität und Kosten im Sozialbereich**. Diesen Einfluss muss die Landesregierung nutzen, um überflüssige neue Sozialleistungen zu verhindern und endlich die dringend erforderlichen nachhaltigen Strukturreformen der Sozialsysteme auf die Agenda zu heben.

Die **Finanzierung der Sozialleistungen** mit 1 Billion Euro p. a. deutschlandweit – rund 30 Prozent der gesamten Wirtschaftskraft – ist außeror-

dentlich belastend für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und andere Steuerzahler. Schon heute ist das Sozialsystem deshalb an den **Grenzen seiner Finanzierbarkeit** angekommen. Mit der demografischen Entwicklung werden die Herausforderungen noch einmal und entscheidend größer. Der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung in Hessen im Alter von 20 bis 65 schrumpft von heute noch 3,7 Millionen auf 3,2 Millionen im Jahr 2030 und 2,5 Millionen im Jahr 2060. Gleichzeitig verlängert sich erfreulicherweise die Lebenserwartung wie in den letzten 50 Jahren pro Jahrzehnt um rund ein Jahr und damit auch die Dauer des Rentenbezugs. Für die mit ihren Arbeitskosten im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen ist insbesondere schwierig, dass ein großer Teil der Sozialleistungen durch Zusatzkosten auf den Arbeitslohn finanziert wird. Knapp 40% Gesamtsozialversicherungsbeitrag verteuert Arbeit für den Arbeitgeber und schmälert das Netto des Arbeitnehmers. Die 40%-Marke darf nicht überschritten werden.

Dazu dürfen steigende Gesundheitskosten die Lohnzusatzkosten nicht noch höher treiben. Forderungen nach „**paritätischer**“ **Beitragsfinanzierung** und einer sog. **Bürgerversicherung** sind deshalb abzulehnen. Vielmehr müssen Fehlanreize im Gesundheitssystem beseitigt werden, womit Effizienzreserven in Milliardenhöhe gehoben werden können. Dazu zählt auch eine wirtschaftliche **Planung von Krankenhäusern, Arztsitzen und Notfallversorgung. Privatisierung** darf nicht verteuert, sondern muss ernsthaft geprüft werden, wenn sie die Versorgung und die Qualität sichert.

Gesundheitsmaßnahmen für Arbeitnehmer müssen wirksamer werden. Hierzu müssen die **Rehabilitationsträger** in Hessen besser zusam-

menarbeiten, um Zeit- und Qualitätsverluste an den Schnittstellen zu vermeiden. Das Hessische Sozialministerium sollte hier eine wichtige Impuls- und Moderatorenrolle einnehmen.

[Beschäftigungsfreundlich ausgestalten: Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsrecht]

Da sich unser Sozialsystem zu großen Teilen **über den Arbeitslohn finanziert**, ist es umso wichtiger, den Arbeitsmarkt und das Arbeitsrecht **beschäftigungsfreundlich** zu gestalten und nicht durch überzogene Schutzrechte die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu beschädigen.

Auf dem **Arbeitsmarkt** konnten die Unternehmen durch flexible Beschäftigungsverhältnisse wie Befristung, Zeitarbeit und Minijobs viele zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Diese Flexibilität auszubauen muss das Ziel der Bundespolitik sein. Im Land Hessen müssen die **Jobcenter** ihre Vermittlungs-Anstrengungen jetzt nochmals verstärken, weil es einen viel zu großen Kern von Langzeitleistungsbeziehern gibt. Ein Handlungsfeld ist dabei die Vermittlung von Arbeitslosengeld-II-Beziehern mit Teilzeitarbeit in eine Vollzeittätigkeit, die nicht an fehlenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten scheitern darf. Für die Jobcenter ebenso wie für die Arbeitsmarktprogramme des Landes muss ein Höchstmaß an Transparenz hergestellt werden.

Die hessische Wirtschaft ist auf mehr **ausbildungswillige und -fähige** junge Menschen und qualifizierte Arbeitnehmer mit **Migrationshintergrund** angewiesen und heißt diese willkommen. Für eine Beschleunigung der **Einreise** qualifizierter ausländischer Fachkräfte sollten sich die hessischen Behörden (Ausländerbehörden, Arbeitsagenturen und Innenministerium) optimal abstimmen und zusammenarbeiten. Die hessische Landespolitik sollte sich auf Bundesebene für ein **Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz** einsetzen.

[Gute Bildung. Gestärkte Ausbildung.]

Die Politik sollte Bildung bereits **früh im Elementarbereich** stärken, **Bildungsbereiche transparenter machen** und die **Durchlässigkeit der Bildungswege** verbessern.

Eine wichtige Aufgabe in der nächsten Legislaturperiode ist die **Stärkung und der Ausbau der dualen Berufsausbildung**. Sie ist für die Wirtschaft die wichtigste Quelle für die Gewinnung von Facharbeitern und wird dies auch in Zukunft bleiben. Ohne eine Strategie, die alle Schulzweige einschließt, besteht die Gefahr, dass der Bewerbermangel zunimmt und Unternehmen sich mehr und mehr aus der dualen Berufsausbildung zurückziehen. In die zeitgemäße Ausstattung und sogar die Bausubstanz der Berufsschulen ist dringend zu investieren.

Wirklich glücklich sind wir, dass Hessen den **direkten Hochschulzugang für Facharbeiter über einen Modellversuch geöffnet** hat.

Dadurch können gute Absolventen einer dualen Ausbildung prüfungsfrei und ohne Zeitverzug anschließend studieren. Hessen hat hier bundesweit einmalig die Gleichwertigkeit des beruflichen Bildungsweges mit dem Abitur beim Hochs(VhU-Presskonferenz von vor 2 Wochen in LPK).

Die duale Berufsausbildung muss Priorität vor vollschulischen Bildungsgängen an beruflichen Schulen haben. Die Fachoberschule und die zweijährige höhere Berufsfachschule aber haben sich inzwischen sogar zum **Konkurrenzsystem für die duale Berufsausbildung** entwickelt. In ihnen werden alternative Wege an die Hochschulen angeboten, die jedoch gleichzeitig nicht ausreichend auf ein Studium vorbereiten. Das ist

eine bildungspolitische Fehlallokation die schleunigst beendet werden sollte. Dazu muss die Beratung der Jugendlichen ebenso wie das Angebot an Bildungsgängen umgestellt werden.

Bereits jetzt ist die **Lehrerversorgung an beruflichen Schulen** in technischen und naturwissenschaftlich geprägten Berufen **gefährdet**. Die Studentenzahlen in den entsprechenden Studiengängen reichen nicht aus. Die Diskussion, wie man mehr junge Menschen für den Beruf des Berufsschullehrers gewinnen kann, hat gerade erst begonnen. Die aktuellen Konzepte zur Gewinnung von Seiteneinsteigern als Lehrende können die Lücke allein nicht ausfüllen.

Bisher fehlen auch dringend nötige landesweite Konzepte für die **Entwicklung der beruflichen Schulen** in Richtung Digitalisierung. Durch sie verändern sich nicht nur die Berufsbilder, sondern auch die erforderlichen Kompetenzen.

[Solide Finanzen mit Raum für Zukunftsinvestitionen]

Wenn wir unsere Kinder und Enkel fair behandeln wollen, dann brauchen wir **solide Staatsfinanzen**. Sie sind Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum, hohe Beschäftigung und Generationengerechtigkeit. Hohe Schulden und Pensionslasten Hessens zwingen die Landespolitik, die Konsolidierung des Landesetats fortzusetzen.

Hessen muss zum einen die **Verpflichtung der Schuldenbremse** erfüllen, um strukturelle Defizite zu vermeiden. Zum anderen muss es jedes Jahr **haushaltspolitische Spielräume schaffen**. Eine faire Verteilung zwischen den Generationen ist, zwei Verteilungsschwerpunkte für die

künftige Generation und zwei Verteilungsschwerpunkte für die gegenwärtige zu setzen:

1. Hessen muss **Schulden tilgen**, um die Last steigender Zinsen zu begrenzen. Dazu sollte der neue Landtag einen **Schuldentilgungsplan** beschließen.
2. Hessen muss jährlich **höhere Rücklagen** für die künftigen Pensionslasten bilden.
3. Hessen muss die **öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur deutlich erhöhen**, um z. B. endlich den längst versprochenen Breitbandausbau rasant zu beschleunigen. Und durch eine **Infrastrukturerhaltungsregel** im Landeshaushalt dafür sorgen, dass Erhaltungsinvestitionen Vorrang vor konsumtiven Ausgaben eingeräumt werden.
4. Land und Kommunen sollen **Steuern senken** sowie Steuersenkungen des Bundes im Bundesrat zustimmen, auch wenn sie den Landesetat tangieren, etwa die **Einkommensteuer** und die **Unternehmensbesteuerung**, um **Impulse für private Investitionen** zu erhöhen und Anreize für mehr zukunftsfähige Arbeitsplätze zu setzen.

Wir wollen **keine Lastverschiebung in die Zukunft**, denn auch morgen und übermorgen brauchen Hessens Unternehmen eine gute und moderne Infrastruktur und effektive staatliche Verwaltung, die solide finanziert ist.

18.700 Zeichen = 29 Minuten